

Luxemburg

Mario Hirsch

Die europapolitische Diskussion in Luxemburg war 2004-2005 geprägt durch die Folgen des Regierungswechsels nach den Legislativwahlen vom 13. Juni 2004. Traditionell werden die Wahlen zur Bestimmung der sechs Luxemburger Vertreter im Europaparlament zeitgleich mit den Parlamentswahlen im fünfjährigen Rhythmus abgehalten. Dies ist ein Ausdruck der politischen Stabilität im Großherzogtum, in dem vorgezogene Parlamentswahlen eher selten sind. Die Wahlen hatten einen Koalitionswechsel zur Folge, nachdem die liberale DP, die seit 1999 zusammen mit der christdemokratischen CSV regierte, ein Drittel ihrer Stimmen und Parlamentsmandate verlor. Die CSV, die Partei des seit 1995 amtierenden Regierungschef Jean-Claude Juncker, konnte ihre dominierende Position erheblich ausbauen (von 30 auf 36 %) und bildete eine neue Regierung zusammen mit der sozialdemokratischen LSAP, die leichte Stimmengewinne verzeichnen konnte.

Die Europawahlen spiegelten dieses Kräfteverhältnis mit einigen Nuancen, vor allem dank der herausragenden Popularität von Premier Juncker, wider. Die CSV kam auf einen Stimmenanteil von 37 %, was ihr erlaubte, den 3. Sitz im Europaparlament zurückzuerobern, auf Kosten übrigens ihres neuen Koalitionspartners LSAP, der von zwei auf einen Sitz zurückfiel. Der austretende Koalitionspartner DP erlitt ähnliche Einbußen, wie bei den Legislativwahlen und konnte mit nur 14,9 % seinen einzigen Sitz nur sehr knapp retten. Das sechste EP-Mandat ging, wie bereits bei den drei vorherigen Urnengängen, an die Grünen (Déi Gréng), die mit 15 % die Liberalen auf den vierten Platz verwiesen.

Der zweite beherrschende Faktor der europäischen Debatte war natürlich der luxemburgische EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2005. Dies ist jedes Mal eine enorme Herausforderung für das kleine Land und die Vorbereitungen beschäftigen Regierung und Verwaltungen bereits Monate vor dem eigentlichen Ereignis. Das politische Leben kommt zum Stillstand und die Opposition gewährt der Regierung für gewöhnlich einen Waffenstillstand. Luxemburg bekommt von seinen Partnern bescheinigt, sich mehr als ehrbar aus der Affäre herausgezogen zu haben, auch diesmal.

Bei den drei Hauptaufgaben (Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Redynamisierung der Lissabon-Strategie, Finanzperspektiven 2007-2013) bewährte sich das Land als ehrlicher Makler, dank vor allem des persönlichen Einsatzes von Premier Juncker. Dies gilt zumindest für die beiden ersten Prioritäten. Bemerkenswert ist der Durchbruch beim Stabilitätspakt, eine Angelegenheit die die EU seit Jahren entzweit hatte. Junckers Kompromiss führt zu einer größeren Dosis an Flexibilität bei der Anwendung der Defizitregeln. Bei den Finanzperspektiven wurde dem Ratsvorsitz allerdings der krönende Vermittlungserfolg verwehrt, angesichts der Unvereinbarkeit der französischen und britischen Standpunkte.

Knapp zehn Tage nach Ende des luxemburgischen Ratsvorsitzes fand am 10. Juli 2005 eine nationale Volksabstimmung über den europäischen Verfassungsvertrag statt. Obwohl nach den gescheiterten französischen und niederländischen Referenden der Europäische Rat Mitte Juni 2005 auf Vorschlag des luxemburgischen Ratsvorsitzes eine Denkpause verordnet hatte, beschloss die großherzogliche Regierung, keinen Gebrauch von dieser Möglichkeit zu machen und ein positives Signal zu setzen, dies obwohl Meinungs-

umfragen selbst im traditionell europafreundlichen Luxemburg einen rapiden Zuwachs des Lagers der Neinsager erkennen ließ. Sie störten sich vor allem an der neoliberalen Ausrichtung der EU (siehe Bolkestein-Richtlinienentwurf), obwohl Luxemburg wie kaum ein anderes Land von der Dienstleistungsfreiheit profitiert hat.

Zum einen hatte die Abgeordnetenkommer die Ratifizierungsprozedur des Verfassungsvertrags bereits gestartet und dem Text in einer ersten Lesung am 28. Juni 2005 mit 55 Stimmen bei nur 5 Enthaltungen (die fünf Abgeordneten der populistischen ADR) zugestimmt. Sie verabschiedete gleichzeitig einstimmig eine EntschlieÙung, in der festgehalten wurde, dass sie den Ergebnissen des Referendums Rechnung tragen werde. Sollte der Souverän seine Zustimmung geben, würde das Parlament dies bei einer zweiten Lesung bestätigen, andernfalls würde die Prozedur ad acta gelegt. Laut der luxemburgischen Verfassung hat das Referendum lediglich einen konsultativen Charakter. Zum anderen hatte Premier Juncker mehrfach einen direkten Zusammenhang zwischen dem Ausgang des Referendums und seiner politischen Zukunft hergestellt. Sollten die Luxemburger den Verfassungstext ablehnen, stünde er nicht mehr als Regierungschef zur Verfügung.

Die Voraussetzungen für eine zünftige Europadebatte waren damit erstmals in Luxemburg gegeben und die letzten Wochen vor dem Referendum waren tatsächlich von grundsätzlichen Pro- und Contra-Debatten über die künftige Ausrichtung des Integrationsprozesses geprägt. Bei öffentlichen Veranstaltungen (u.a. von der Abgeordnetenkommer in den zwölf Kantonshauptorten und vorher in drei öffentlichen Hearings in ihren eigenen Räumlichkeiten organisiert) gaben die Neinsager den Ton an, so dass der Ausgang des Referendums alles andere als gesichert galt. Luxemburg erlebte zum ersten Mal in seiner mehr als fünfzigjährigen Teilnahme am europäischen Integrationsprozess eine regelrechte Zitterpartie, verbunden mit einer kontroversen Auseinandersetzung über Europa, unter der Beteiligung der internationalen Medien, die den erstaunlichen Vorgängen im kleinsten Mitgliedsland eine große Aufmerksamkeit schenkten.

Die Ergebnisse des Referendums vom 10. Juni 2005 waren durchaus auf der Höhe der hochgesteckten Erwartungen. Natürlich entsprach Luxemburg seinem guten, pro-europäischen Ruf, aber die Sache endete ziemlich knapp: 56,5 % stimmten dem Verfassungsvertrag zu, aber immerhin 43,5 % lehnten ihn ab. Interessanterweise gab es ein bemerkenswertes Nord-Südgefälle. Zu den neun Gemeinden (von 116), in denen die Ablehnung über 50 % lag, gehörten sieben der größten Gemeinden im industrialisierten Süden, die allesamt eine fortschrittliche politische Tradition haben.

Das überraschend knappe Ergebnis des Referendums führte zu einer Gewissensforschung der politischen Klasse, die in seltener Eintracht zugab, dass Europa bisher über die Köpfe der Leute hinweg stattfand und dass es an der Zeit sei, die Bevölkerung stärker zu implizieren. Man einigte sich auf eine zeitliche Trennung der Legislativwahlen und der Wahlen zum Europaparlament. Die Koppelung beider Wahlgänge wurde dafür verantwortlich gemacht, dass europäische Belange regelmäßig zu kurz kommen in den Wahlkampagnen. Es scheint auch Übereinstimmung darüber zu bestehen, künftig Doppelkandidaturen zu verbieten. Von den sechs direkt Gewählten der Europawahlen von 2004 haben lediglich zwei ihr Mandat auch tatsächlich angetreten.

Weiterführende Literatur

Mario Hirsch: *Le Luxembourg aux commandes: expérience, détermination et abnégation*, Études et Recherches n°37, janvier 2005, Notre Europe, Paris (auch auf Englisch verfügbar).